

Politische Krisen und die Krisen des politischen Liberalismus (*Mittelweg*)

Einleitung

In den politischen Diskursen unserer Zeit ist der Begriff der „Krise“ allgegenwärtig. Man denke etwa an die Finanzkrise, die im Sommer 2007 als Subprimekrise in den Vereinigten Staaten begann, oder die Eurokrise, die selbst wiederum als Konglomerat verschiedener Krisen (Staatsschuldenkrise etc.) verstanden werden kann. Diese Krisen sind verschränkt mit Krisen der liberalen Demokratie. Demokratisch legitimierte Regierungen besitzen (wie im Falle Griechenlands) kaum noch Handlungsspielraum, und nach Alternativen suchende Bewegungen wie etwa Occupy lehnen sowohl die Partizipation in etablierten politischen Strukturen als auch das liberal-demokratische Wertevokabular ab. Zugleich erstarken in Europa rechtspopulistische Parteien und in etablierten Demokratien kommt es zu Ausschreitungen, wie man sie seit einer Generation nicht mehr gesehen hat (Paris 2005, England 2012, Frankfurt 2015). Jenseits Europas erleben wir Krisen der Staatlichkeit – zum Teil im Gefolge westlicher Interventionen (wie etwa im Irak) –, die wiederum zu Migrations- und Sicherheitskrisen beitragen. Darüber hinaus erfordern Umweltkrisen wie die Klimaerwärmung ein entschiedenes, koordiniertes Handeln auf der globalen Ebene, für das es keine historischen Vorbilder gibt.

Was diese ganz unterschiedlichen Phänomene gemeinsam haben und die Verwendung des Begriffs der politischen „Krise“ mit Bezug auf diese angemessen erscheinen lässt ist, dass sie jeweils zumindest eine der folgenden beiden Krisendimensionen umfassen: Politische Krisen können (a) die Form normativer Krisen annehmen. Dass ist der Fall, wenn vor dem Hintergrund spezifischer historischer Erfahrungen das Vertrauen in diejenigen politischen Werte schwindet, die bislang die normativen Urteile der Mitglieder bestimmter Gemeinschaften informiert haben. Solche normativen Krisen werden unter anderem deswegen als bedrohlich erfahren, weil sich soziale Ordnungen (auch) normativ integrieren.¹

Politische Krisen könne außerdem (b) die Form praktischer Krisen annehmen. Mit solchen praktischen Krisen hat man es zu tun, wenn etablierte Problemlösungsstrategien nicht mehr als hinreichend angesehen werden, um Herausforderungen zu begegnen, die als (potentiell existentielle) Bedrohung wahrgenommen werden, oder wenn unklar ist, ob und wie sich unsere politischen Werte auf eine gegebenen Situation anwenden lassen.

Für Krisenerfahrung ist aber nicht nur die Dimension der (normativen und/oder praktischen) Desorientierung charakteristisch, sondern auch die „Zeitnot“.² Als krisenhaft erscheinen Entscheidungssituationen, in denen wir uns gezwungen sehen, trotz andauernder Desorientierung eine Positionierung vorzunehmen und damit deren ungewisse Konsequenzen zu tragen.

¹ Siehe, Axel Honneth, *Das Recht der Freiheit. Grundriß einer demokratischen Sittlichkeit*, Berlin: Suhrkamp 2013.

² Reinhart Koselleck, *Begriffsgeschichten*, Frankfurt a. M.: Suhrkamp, 2006, S. 205.

In diesem Aufsatz möchte ich untersuchen, wie der – in akademischen Kreisen dominante – politische Liberalismus (wie er in paradigmatischer Weise von John Rawls formuliert worden ist) mit politischen Krisen umgeht.³ Was kann gemäß dem politischen Liberalismus überhaupt als Krise gelten? Und mit welchen theoretischen Strategien begegnet der politische Liberalismus normativen und praktischen Krisen?

Ich werde argumentieren, dass sich das wachsende Unbehagen am politischen Liberalismus auch aus dem Umstand speist, dass dieser seine eigene Krisenanfälligkeit – die eine Wahlverwandtschaft mit der Krisenanfälligkeit der Politik besitzt – ebenso verdrängt wie den Umstand, dass er die für seine Theoriearchitektur so wichtige Unterscheidung zwischen idealer und nicht-idealer Theorie nicht zu stabilisieren vermag. Mein Artikel hebt sich folglich von den meisten Beiträgen ab, die sich mit dem Zusammenspiel von idealer und nicht-idealer Theorie befassen, da ich mich nicht darum bemühe, Probleme zu lösen, die sich bei der Anwendung des politischen Liberalismus auf gegebene politische Verhältnisse ergeben. Mir geht es vielmehr darum, am Beispiel politischer Krisen grundsätzliche Schwächen des politischen Liberalismus als politiktheoretischer Ansatz aufzuzeigen.⁴ Der politische Liberalismus nimmt das

³ Siehe John Rawls, *Politischer Liberalismus* [1993], übers. v. W. Hinsch, Frankfurt a. M.: Suhrkamp, 2003; John Rawls, *Das Recht der Völker* [1999], übers. v. W. Hinsch, Berlin/New York: de Gruyter, 2002; John Rawls, *Gerechtigkeit als Fairneß. Ein Neuentwurf* [2001], hrsg. v. E. Kelly, übers. v. J. Schulte, Frankfurt a. M. 2006.

⁴ Siehe für einen Überblick über diese Debatten etwa Zofia Stemplowska und Adam Swift, „Ideal and Nonideal Theory“, in: *Oxford Handbook of Political Philosophy*, hrsg. v. D. Estlund, Oxford: Oxford University Press, 2012, S. 373-392 sowie Laura Valentini, „Ideal vs. Non-Ideal Theory: A Conceptual Map“, in: *Philosophy Compass* 7.9 (2012), S. 654-664 und Jörg Schaub, „Ideale und/oder nicht-ideale Theorie – oder weder noch? Ein Literaturbericht zum neuesten Methodenstreit in der politischen Philosophie“, in: *Zeitschrift für philosophische*

Phänomen der politischen Krisen weder hinreichend ernst noch verfügt er über Ressourcen, die es ihm erlauben würden, auf diese in angemessener Weise zu reagieren, obwohl er den Anschein erweckt, von politischen Krisen letztlich nichts lernen zu können und zu müssen.

Forschung 64. 3 (2010), S. 393–409. In der Regel kritisieren diejenigen, die sich an der Debatte über die ideale/nicht-ideale Theorie beteiligen, nicht die Unterscheidung zwischen idealer und nicht-idealer Theorie selbst. Zumeist wird beklagt, dass der nicht-idealen Theorie zu wenig Interesse entgegengebracht wird oder es werden folgende Fragen erörtert: Wie genau ist die ideale Theorie aufzufassen? Auf welche Weise informiert die ideale Theorie die nicht-ideale Theorie? Wie viel muss man bereits über ideale Gerechtigkeit wissen, um das politische Handeln bereits hier und jetzt anzuleiten? etc. Siehe Ingrid Robeyns, „Ideal Theory in Theory and Practice“, in: *Social Theory and Practice* 34 (2008), S. 341–362, insb. S. 342; Marc Stears, „The Vocation of Political Theory: Principles, Empirical Inquiry and the Politics of Opportunity“, in: *European Journal of Political Theory* 4 (2005), S. 325–50; Adam Swift, „The Value of Philosophy“, in: *Social Theory and Practice* 34.3 (2008), S. 363–87, insb. S. 381. Zu dieser Gruppe kann man auch folgende Autor_innen zählen: Charles W. Mills, „‘Ideal Theory’ as Ideology“, *Hypatia* 20 (2005), S. 165–84, insb. S.171; Colin Farelly, „Justice in Ideal Theory: A Refutation“, *Political Studies* 55 (2007), S. 844–64, insb. S. 845; und Lea Ypi, *Global Justice and Avant-Garde Political Agency*, Oxford: Oxford UP, 2012.

Es gibt jedoch auch Kritiker, die den von der Unterscheidung zwischen idealer und nicht-idealer Theorie aufgespannten Rahmen als solchen ablehnen. Zu diesen gehört Sen, der die Auffassung zurückweist, man benötige die ideale Theorie, um das politische Handeln unter nicht vollständig gerechten Verhältnissen anzuleiten. Siehe Amartya Sen, „What Do We Want from a Theory of Justice?“, in: *The Journal of Philosophy* 103 (2006), S. 215–238 sowie *The Idea of Justice*, London: Penguin/Allen Lane, 2009, insb. Kap. 4. Zu den Kritikern der idealen Theorie gehören auch Realisten wie Raymond Geuss und Raymond Williams. Siehe etwa Raymond Geuss, *Philosophy and Real Politics*, Princeton, NJ: Princeton University Press, 2008. Jedoch wird die Radikalität der realistischen Kritik oftmals verkannt. Denn der realistischen Kritik geht es nicht nur um Machbarkeitserwägungen oder darum, die Gerechtigkeitsauffassung des politischen Liberalismus als zu utopisch zu attackieren. Siehe für verkürzte Interpretationen dieser Art etwa Stemplowska und Swift, „Ideal and Nonideal Theory“, a.a.O., S. 382, 386; Valentini, „Ideal vs. Non-Ideal Theory“, a.a.O., S. S. 559–60; sowie Eva Erman und Niklas Möller, „Three Failed Charges Against Ideal Theory“, in: *Social Theory and Practice* 39 (2013), S. 19–44, insb. S. 25.

Der politische Liberalismus als Antwort auf politische Krisen

Betrachtet man die dem politischen Liberalismus zugrunde liegenden Annahmen sowie seine interne Architektur, entsteht der Eindruck, dass der politische Liberalismus die beiden oben umrissenen normativen und praktischen Krisenerfahrungen in vorbildlicher Weise reflektiert.

Zunächst erscheint der politische Liberalismus aufgrund seiner dezidiert normativen Ausrichtung geradezu als prädestiniert dafür, normative Krisen auszuräumen oder überhaupt nicht erst aufkommen zu lassen. Dem politischen Liberalismus gilt die „Gerechtigkeit [als] *die* zentrale moralische Kategorie im politisch-sozialen Bereich“.⁵ Gerechtigkeit wird dabei nicht als ein moralisch-politischer Wert betrachtet, der „gleichrangig neben anderen Werten wie etwa Freiheit, Gemeinschaft“ oder Gleichheit steht, sondern als diesen übergeordneter Wert.⁶ Denn eine Konzeption der Gerechtigkeit, die auszuarbeiten der politische Liberalismus als zentrale Aufgabe der politischen Philosophie betrachtet, umfasst alle relevanten politischen Werte und weist diesen ihren Platz in der hierarchischen Ordnung politischer Werte zu.⁷

Gerechtigkeit wird vom politischen Liberalismus darüber hinaus als für Politik konstitutiv angesehen, da Politik letztlich als ein Mittel betrachtet wird, Gerechtigkeit zu verwirklichen (oder eine gerechte Ordnung zu erhalten). Politische Handlungen, die nicht auf die Realisierung der Gerechtigkeit abzielen, haben daher als pathologisch zu gelten.

⁵ Stefan Gosepath, *Gleiche Gerechtigkeit*, Frankfurt a. M.: Suhrkamp, 2004, S. 9.
John Rawls, *Eine Theorie der Gerechtigkeit* [1971], übers. v. H. Vetter, Frankfurt a. M.: Suhrkamp 1975, S. 19.

⁶ Gosepath, *Gleiche Gerechtigkeit*, a.a.O., S. 9.

⁷ Siehe Rawls, *Gerechtigkeit als Fairneß*, a.a.O, §13.

Vor dem Hintergrund dieser Annahmen kann es nicht überraschen, dass der politische Liberalismus politische Philosophie als Gerechtigkeitstheorie betreibt. Gerechtigkeitstheorien sollten dem politischen Liberalismus zufolge eine zweiteilige Architektur aufweisen, um beiden Dimensionen politischer Krisen gerecht zu werden. Der Zweck des ersten Teils – der idealen Theorie – ist es, die Prinzipien der Gerechtigkeit zu identifizieren, die von einer gerechten sozialen Ordnung realisiert würden.⁸ Diese Ordnung wird als eine realistische Utopie vorgestellt und die Prinzipien sollen solche sein, die sich gegenüber als freie und gleiche Bürger_innen aufgefassten Individuen rechtfertigen lassen.⁹

Die ideale Theorie selbst kann als Antwort auf normative Krisen verstanden werden, da sie politische Werte klärt und zu einer Gerechtigkeitskonzeption zusammenfasst, die freien und gleichen Bürger_innen ein teilbares politisches Ziel vorgibt, das zu realisieren sie als solche Bürgern_innen motiviert sind.¹⁰ Die Weise, auf die auf der Ebene der idealen Theorie politische Werte geklärt werden und das ultimative politische Ziel bestimmt wird, soll dabei sicherstellen, dass die Geltung sowohl der Werte als auch des Ziels nicht durch spezifische historische Ereignisse und Erfahrungen in Frage gestellt wird. Gemäß der Selbstbeschreibung des politischen Liberalismus wird die ideale Theorie weder vom Status quo noch von Transformationen desselben beeinflusst. „Der Zustand unserer Welt zu einem beliebigen Zeitpunkt – der Status quo – hat [...] keinen

⁸ Siehe Rawls, *Theorie*, a.a.O., §2.

⁹ Siehe zur Idee einer realistischen Utopie und zur Auffassung freier und gleicher Bürger_innen, Rawls, *Gerechtigkeit als Fairneß*, a.a.O., §§1.4 und 7.

¹⁰ Siehe Rawls, *Politischer Liberalismus*, a.a.O., S. 160ff.

Einfluß auf die Idealkonzeption [...], er bestimmt aber die konkreten Antworten auf die Fragen der nichtidealen Theorie.“¹¹

Der zweite Teil der Theorie der Gerechtigkeit – die nicht-ideale Theorie – wird damit betraut zu klären, wie die auf der Ebene der idealen Theorie geklärten politische Werte unter spezifischen historisch-politischen Bedingungen anzuwenden sind. Die nicht-ideale Theorie generiert konkrete, auf die bestehenden Verhältnisse zugeschnittene Handlungsanweisungen für politische Akteur_innen, die sich an dem Ziel orientieren, das Ideal der Gerechtigkeit in möglichst effizienter Weise zu realisieren. „Die nichtideale Theorie fragt, wie das langfristige Ziel [Gerechtigkeit zu realisieren; JS] erreicht werden oder wie man sich ihm, vermutlich in kleinen Schritten, nähern könnte. Sie fragt nach politischen Programmen und Handlungsmöglichkeiten, die moralisch zulässig, politisch möglich und aller Wahrscheinlichkeit nach auch wirksam sind.“¹² Indem die nicht-ideale Theorie diese Fragen aufgreift und beantwortet, räumt sie praktische politische Krisen aus oder lässt solche erst überhaupt nicht aufkommen.

Vor dem Hintergrund dieses Überblicks sollte verständlich werden, warum der politische Liberalismus der idealen eine gewisse Priorität gegenüber der nicht-idealen Theorie einräumt. Eine „so verstandene nichtideale Theorie setzt voraus, dass wir bereits über eine Idealtheorie verfügen, denn solange das Ideal nicht zumindest in seinen Umrissen identifiziert ist [...] fehlt der nichtidealen Theorie ein Zielpunkt, in Bezug auf den sich ihre Fragen beantworten lassen.“¹³

¹¹ Rawls, *Recht der Völker*, a.a.O., S. 114.

¹² Ebd., S. 113.

¹³ Ebd., S. 113f. Siehe auch Rawls, *Theorie*, a.a.O., S. 25 sowie Rawls, *Politischer Liberalismus*, a.a.O., S. 399.

Um eine effiziente Route zu bestimmen, reichte es nicht aus zu wissen, wo man sich gegenwärtig befindet, es muss auch (hinreichend) klar sein, wohin die Reise gehen soll.

Zusammenfassend kann man also sagen, dass der politische Liberalismus aufgrund seiner normativen Ausrichtung und der zweiteiligen Struktur liberaler Gerechtigkeitstheorien für sich reklamiert, eine effektive Antwort sowohl auf normative als auch praktische Krisen zu geben. Die ideale Theorie überwindet normative Krisen, indem sie zum einen politische Werte klärt und ein ultimatives politisches Ziel vorgibt, und zum anderen sich selbst gegenüber der Geschichte (und geschichtlichen Erfahrungen der Desorientierungen) immunisiert. Die nicht-ideale Theorie räumt praktische Krisen aus, indem sie unter Rekurs auf die ideale Theorie konkrete Handlungsanweisungen für politische Akteur_innen generiert, die auf die spezifischen historisch-politischen Verhältnisse zugeschnitten sind.

Die (verdrängte) Krisenanfälligkeit des politischen

Liberalismus

Vor dem Hintergrund dieser Rekonstruktion möchte ich nun erläutern, warum die Antworten des politischen Liberalismus auf die beiden Dimensionen politischer Krisen letztlich nicht überzeugen. In diesem Zusammenhang werde ich auch auf die Krisenanfälligkeit des politischen Liberalismus – die wahlverwandt ist mit der Krisenanfälligkeit der Politik – eingehen, die

Proponent_innen dieses Ansatzes in der Regel verdrängen.¹⁴ Von einer Krise des politischen Liberalismus kann man dann sprechen, wenn die Ressourcen, die diesem zur Verfügung stehen, (grundsätzlich) nicht ausreichen, um die der idealen und nicht-idealen Theorie zugewiesenen Aufgaben zu erfüllen.

Die Krise der idealen Theorie

Eine Krise der idealen Theorie liegt vor, wenn es dieser nicht gelingt, normative Krisen effektiv zu verhindern oder aufzulösen, d.h. wenn sie daran scheitert, eine Gerechtigkeitskonzeption zu generieren, deren Gültigkeit nicht durch historische Transformationen und Erfahrungen in Frage gestellt werden kann.

Zunächst möchte ich mit Blick auf die Rechtfertigungsmethode des Überlegungsgleichgewichts zeigen, dass diese uns keinen Grund gibt anzunehmen, ideale Theorien würden sich gegenüber Erfahrungen mit dem Status quo oder geschichtlichen Transformationen effektiv immunisieren lassen. Das bedeutet aber, dass der politische Liberalismus selbst als krisenanfällig anzusehen ist. Mit Blick auf die Rechtfertigungsmethode liegt diese Krisenanfälligkeit der idealen Theorie darin begründet, dass ideale Theoretiker_innen bei der Klärung politischer Gerechtigkeit nicht umhin können, auf Intuitionen oder wohlüberlegte Urteile zurückzugreifen. Es kann dabei nicht ausgeschlossen werden, dass diese Intuitionen und wohlüberlegten Urteile selbst von spezifischen historischen Umständen und Erfahrungen geprägt oder gar verzerrt werden.¹⁵ Hieraus ergibt sich für den politischen Liberalismus das Problem, dass es ihm nicht gelingt, sich effektiv von normativen Krisen zu

¹⁴ Siehe Stemplowska und Swift, „Ideal and Nonideal Theory“, a.a.O., S. 373-392 sowie Valentini, „Ideal vs. Non-Ideal Theory“, a.a.O., S. 654-664.

¹⁵ Siehe zum Problem der Verzerrung ausführlicher Fabian Freyenhagen und Jörg Schaub, „On the Priority of Ideal Theory“ (unveröffentlichtes Manuskript).

isolieren, die sich aus historischen Erfahrungen speisen. Denn normative Krisen sind ja nichts anderes als Krisen unseres Vertrauens in diejenigen Intuitionen und wohlwogener Urteile, an denen wir uns für gewöhnlich orientieren, wenn es um normative politische Fragen geht.

Rawls selbst erkennt durchaus, dass es zu Krisen des Vertrauens in wohlüberlegte Urteile kommen kann – und historisch immer wieder dazu gekommen ist (man denke etwa an den normativen Status der Sklaverei) –, von denen wir uns zuvor nicht vorstellen konnten, dass wir jemals geneigt sein könnten, sie zu bezweifeln, aufzugeben oder zu revidieren. Dennoch hält er an der Behauptung fest, dass der „Zustand unserer Welt zu einem beliebigen Zeitpunkt – der Status quo – [...] keinen Einfluß auf die Idealkonzeption“ hat.¹⁶ Es ist dieses Spannungsverhältnis zwischen dem überhistorischen Anspruch der idealen Theorie und der Rolle, die (zumindest potentiell) historischen Wandlungen unterliegende wohlüberlegte Urteile bei der Generierung einer idealen Gerechtigkeitskonzeption spielen, das der politische Liberalismus nicht auf überzeugende Weise auflösen vermag. Es reicht nicht aus, dass er uns ermuntert, diejenigen Urteile, die wir für wohlüberlegt halten, unter Bezugnahme auf anderer wohlüberlegte Urteile, in die wir ebenfalls Vertrauen haben, zu testen, um unsere Urteile dann in ein kohärentes Überlegungsgleichgewicht zu bringen (indem wir andere Urteile, die nicht zu diesen wohlüberlegten Urteilen, in die wir Vertrauen haben, passen, revidieren oder aufgeben). Diese Lösung verfehlt das Problem, das mit der normativen Krise benannt ist, weil sie genau das voraussetzt, was in Frage steht. Wenn eine normative Krise einen Vertrauensverlust in unsere wohlüberlegten politischen

¹⁶ Rawls, *Recht der Völker*, a.a.O., S. 114.

Urteile bezeichnet, dann kann man sich nicht wie der politische Liberalismus darauf beschränken, Bürger_innen zu ermuntern, auf die normativen Urteile zu bauen, in die sie Vertrauen haben.

Das viel kommentierte Schweigen der Occupy Bewegung kann meines Erachtens als Ausdruck einer solchen Vertrauenskrise verstanden werden.¹⁷ Occupy lässt sich also als Symptom einer normativen Krise deuten, die darin besteht, dass Mitglieder liberaler Demokratien den Eindruck haben, das Unbehagen und die Unzufriedenheit, die sie umtreiben, nicht unter Bezugnahme auf das liberal-demokratische Wertevokabular beschreiben zu können. Wenn Rawlsianer wie Joshua Cohen auf diese Sprachlosigkeit der Occupy Bewegung mit dem Vorschlag reagiert, die Mitglieder dieser Bewegung sollten sich mit Rawls' politischem Liberalismus befassen, zeigt dies, dass er sich überhaupt nicht vorstellen kann, dass die Krisenerfahrung, die diese Individuen dazu bringt, öffentliche Plätze zu besetzen, auch die liberal-demokratischen Werte selbst umfassen könnte.¹⁸ Cohen setzt einfach voraus, dass das liberal-demokratische Vokabular, dessen sich Rawls bedient, die Mitglieder dieser Bewegung in die Lage versetzen würde, ihre Unzufriedenheit mit dem Status quo normativ zu reflektieren und zu begründen – dabei gibt es keinen Grund anzunehmen, dass dieses Vokabular den Besetzer_innen nicht bereits hinreichend vertraut ist, um es zur Generierung politischer Forderungen etc. zu verwenden.

¹⁷ Siehe Slavoj Žižek, "The Violent Silence of a New Beginning" (2011), abgerufen am 5 Juli 2014.

http://inthesetimes.com/article/12188/the_violent_silence_of_a_new_beginning
¹⁸ Siehe Joshua Cohen, „Occuption as Fairness. What John Rawls Would Make of the Occupy Movement“, in: *Boston Review* (2011), abgerufen am 20 Dezember 2015. <https://www.bostonreview.net/joshua-cohen-seth-resler-john-rawls-occupy-wall-street>

Der Anspruch der idealen Theorie, eine Antwort auf normative Krisen zu geben sowie von solchen Krisen nicht selbst betroffen zu sein, kann auch unter Bezugnahme auf die Auffassung des Politischen in Zweifel gezogen werden, die dem politischen Liberalismus zugrunde liegt.

Die ideale Theorie soll *politische* Werte bestimmen und rechtfertigen. Politische Werte unterscheiden sich gemäß dem politischen Liberalismus von anderen moralischen Werten dadurch, dass „politische Werte [...] vermöge spezieller Merkmale des politischen Verhältnisses [entstehen], das sich von anderen Verhältnissen durchaus unterscheidet“.¹⁹ Die Bestimmung politischer Werte setzt folglich eine Vorstellung des politischen Verhältnisses voraus, da die Merkmale dieses Verhältnisses die in Frage stehenden politischen Werte konditionieren. Zwischen den Umständen des Politischen und politischen Werten besteht somit ein Supervenienzverhältnis, da Veränderungen in der zugrunde gelegten Auffassung des Politischen mit Veränderungen des Gehalts politischer Werte korrelieren.

Dass der politische Liberalismus das Bestehen eines solchen Supervenienzverhältnisses einräumt, ist mit Blick auf normative Krisen und die Krisenanfälligkeit des politischen Liberalismus relevant, weil diese Vorstellung suggeriert, dass historische Transformationen politischer Verhältnisse sich auf politische Werte auswirken und diese daher immer nur für einen bestimmten historisch-politischen Kontext gültig sind. Diese Vorstellung macht überdies verständlich, warum normative Krisenerfahrungen ihren Ursprung in Transformationen der Umstände des Politischen haben können. Denn sowohl die

¹⁹ Rawls, *Gerechtigkeit als Fairneß*, a.a.O, S. 278.

Tragweite solcher Umwälzungen als auch, was sie im Hinblick auf unsere politischen Werte bedeuten, muss nicht immer offensichtlich sein.

Um sich gegenüber normativen Krisen zu immunisieren, die ihren Ursprung in der historischen Variabilität der Umstände des Politischen haben, muss der politische Liberalismus auf der Ebene idealen Theorie eine generelle, überhistorisch gültige Auffassung des Politischen postulieren. Denn nur unter dieser Voraussetzung kann der politische Liberalismus behaupten, dass die von der idealen Theorie generierten Werte nicht von solchen Transformationen und ihren normativen Kriseneffekten betroffen sind. Der politische Liberalismus halst sich also die Bürde auf, die Auffassung des Politischen, die er auf der Ebene der idealen Theorie verwendet, als generell und überhistorisch gültig ausweisen zu müssen.

Rawls' politischer Liberalismus gibt mit Bezug auf die Frage, was die Umstände des Politischen sind, überraschenderweise zwei unterschiedliche Antworten. Rawls formuliert zum einen eine generelle Auffassung des politischen Verhältnisses, das sich durch folgende „signifikante Merkmale“ auszeichnet: (i) „Erstens handelt es sich um das Verhältnis von Personen innerhalb der Grundstruktur der Gesellschaft – einer Struktur von Basisinstitutionen“.²⁰ (ii) Zweitens nimmt Rawls an, dass die „politische Gesellschaft [...] sozusagen abgeschlossen“ ist.²¹ (iii) Drittens setzt der politische Liberalismus voraus, dass „die politische Macht natürlich stets Zwangsmacht“ ist, die von einem „Staatsapparat zur Durchsetzung seiner Gesetze gestützt wird“.²²

²⁰ Ebd.

²¹ Ebd.

²² Ebd., S. 279.

Diese generelle Auffassung des Politischen ist mit dem grundsätzlichen Problem behaftet: sie generiert überhaupt keine politischen Werte. Schließlich ist eine Voraussetzung für die „Entstehung politischer Werte“ überhaupt, dass es als konstitutiv für das politische Verhältnis angesehen wird, dass diejenigen, die politische Zwangsmacht ausüben, einen Legitimitätsanspruch erheben.²³ Rawls' generelle Auffassung berücksichtigt diesen Umstand nicht, da sie lediglich das Faktum der Ausübung staatlicher Zwangsgewalt umfasst. Unter diesen Vorzeichen gibt es aber keinen Anlass, zwischen faktischer und legitimer Machtausübung zu unterscheiden. Doch politischer Werte bedarf es nur, wenn man die Unterscheidung zwischen faktischer und legitimer Machtausübung als zum politischen Verhältnis gehörend ansieht, da die Funktion politischer Werte (gemäß dem politischen Liberalismus) ja gerade darin besteht, Urteile über die Legitimität politischer Machtausübungen anzuleiten.

Die zweite Auffassung des politischen Verhältnisses, die sich bei Rawls findet, ist ihrem Charakter nach bereits liberal-demokratisch. Sie unterscheidet sich von der generellen Auffassung dadurch, dass das dritte Merkmal (iii) durch eine typisch liberal-demokratische Interpretation politischer Machtausübung ersetzt wird (iii*). Rawls spricht dann nicht mehr einfach von „Zwangsmacht“, sondern von einem „konstitutionellen Staatswesen“, in dem die „politische Macht zugleich die Macht des Kollektivs gleicher Bürger“ ist.²⁴ Diese Modifikation bedeutet, dass der politische Liberalismus das *liberale* Legitimitätsprinzip selbst

²³ Ebd., S. 278. Bernard Williams hat gezeigt, dass man den Unterschied zwischen Politik und Krieg nur dann explizieren kann, wenn man einen Legitimitätsanspruch als dem politischen Verhältnis inhärent auffasst. Siehe Bernard Williams, *In the Beginning Was the Deed. Realism and Moralism in Political Argument*, Princeton, N.J.: Princeton UP, 2005, S. 1-17, insb. S. 4.

²⁴ Rawls, *Gerechtigkeit als Fairneß*, a.a.O., S. 279.

zu den Umständen des Politischen zählt. Denn aus dem „Faktum, daß eine Vielfalt vernünftiger Globallehren ein bleibendes Merkmal der demokratischen Gesellschaft ist“ und aus dem „Faktum, daß die politische Macht in einer Demokratie als Macht des Kollektivs der freien und gleichen Bürger angesehen wird“, ergibt sich „das liberale Legitimitätsprinzip“, das impliziert, dass die Ausübung politischer Macht „nur dann legitim“ ist, „wenn sie im Einklang mit einer [...] Verfassung ausgeübt wird“, die sich gegenüber allen als freie und gleiche Bürger_innen aufgefassten Gesellschaftsmitgliedern rechtfertigen lässt.²⁵

Diese liberal-demokratische Auffassung des Politischen ist mit eigenen Problemen behaftet. Das erste ist struktureller Natur: Der politische Liberalismus hat sich methodisch darauf festgelegt, dass „politische Werte [...] vermöge spezieller Merkmale des politischen Verhältnisses [entstehen]“.²⁶ Die liberal-demokratische Auffassung des politischen Verhältnisses umfasst mit dem liberalen Legitimitätsprinzip aber bereits einen spezifisch liberal-demokratischen Wert, obwohl politische Werte doch erst auf der Basis einer generellen, überhistorisch gültigen Auffassung des politischen Verhältnisses generiert werden sollten. Es ist daher methodisch problematisch, wenn Rawls

²⁵ Ebd., S. 75.

²⁶ Ebd., S. 278. Hiermit geht Rawls weit über das hinaus, was ich im Rahmen meiner Diskussion seiner generellen Auffassung des Politischen mit Williams eingefordert habe. Dort habe ich darauf hingewiesen, dass es politische Werte nur dann gibt, wenn eine Unterscheidung zwischen faktischer und legitimer politischer Machtausübung als dem politischen Verhältnis inhärent betrachtet wird. Das bedeutet aber nicht, dass man einfach nach Gutdünken eine spezifisch liberale Konzeption der Legitimität als für das politische Verhältnis konstitutiv erklären kann, wie Rawls das hier tut. Gemäß Rawls' Auffassung gäbe es Politik folglich nur innerhalb liberaler Ordnungen. Somit wird Politik als ein historisch relativ neues und (zumindest gegenwärtig) geographisch recht beschränktes Phänomen bestimmt.

liberale Interpretationen politischer Werte in das politische Verhältnis hineinprojiziert.

Dies ist jedoch nicht die einzige Unzulänglichkeit der liberal-demokratischen Auffassung des politischen Verhältnisses. Ich habe bereits erwähnt, dass die ideale Theorie sich vor normativen Krisen, die ihren Ursprung in historischen Umwälzungen der Umstände des Politischen haben, nur dann effektiv abschotten kann, wenn sie eine generelle und überhistorisch gültige Auffassung des Politischen formuliert. Der politische Liberalismus muss also behaupten, es sei sinnvoll, überhaupt von generellen und überhistorisch gültigen Umständen des Politischen zu sprechen, was jedoch alles andere als offensichtlich ist – und von politischen Realisten wie Geuss und Williams vehement bestritten wird.²⁷ Es ist bezeichnend, dass Rawls nicht einmal den Versuch unternimmt, für diese umstrittene Annahme zu argumentieren. Stattdessen gibt er uns eine Liste von Merkmalen.

Betrachtet man die Merkmale näher, die dem politischen Liberalismus zufolge das politische Verhältnis ausmachen, drängen sich Zweifel nicht nur an deren generellen und überhistorisch gültigen Charakter auf, sondern auch an der Vollständigkeit der Liste. Rawls' präsentiert zum einen Verhältnisse als generell und überhistorisch gültig, die eindeutig (historisch) kontingent, wenn nicht arbiträr sind. Beispielsweise fasst der politische Liberalismus die „politische Gesellschaft“ als „abgeschlossen“ auf – siehe Merkmal (ii).²⁸ Dabei wandeln sich der Grad und die Weise der Offenheit von Gesellschaften historisch und sind

²⁷ Siehe Geuss, *Philosophy and Real Politics*, a.a.O., S. 23 sowie Williams, *In the Beginning Was the Deed*, a.a.O., S. 77.

²⁸ Rawls, *Gerechtigkeit als Fairneß*, a.a.O., S. 278.

selbst Gegenstand des politischen Streits (und Quelle von Krisenerfahrungen), wie man am Beispiel der EU deutlich nachvollziehen kann.

Darüber hinaus kann, wie Rawls selbst einräumt, die Vollständigkeit der Merkmalsliste in Zweifel gezogen werden. Der „politische Liberalismus vertritt die Meinung, daß es einen eigenen, *unter anderem* durch die genannten Merkmale ausgezeichneten Bereich des Politischen gibt, auf den bestimmte, in geeigneter Form gekennzeichnete Werte charakteristischerweise anwendbar sind“.²⁹ Der Umstand, dass die ideale Theorie politische Werte unter Bezugnahme auf eine Auffassung des politischen Verhältnisses generiert, die nicht vollständig ist, muss jedoch als problematisch gelten, da die Merkmale des politischen Verhältnisses die politischen Werte zuallererst entstehen lassen und konditionieren. Konkret zeigt sich die Unvollständigkeit zum Beispiel daran, dass der politische Liberalismus – siehe Merkmal (iii*) – Politik auf Handlungen beschränkt, die sich auf die deliberative Programmierung der Ausübung staatlicher Zwangsmacht beziehen. Politik wird mit der Deliberationen freier und gleicher Bürger_innen gleichgesetzt und alle anderen Aspekte des politischen Lebens werden ohne weitere Begründung als irrelevant beiseitegeschoben.

Joshua Cohen liefert für diese, unter Proponent_innen des politischen Liberalismus verbreitete Gewohnheit ein prägnantes Beispiel. Er schreibt: „Democratic politics comprises, *among other things*, public discussions about laws and policies on the basis of reasons of justice. How large a part is not my concern here. I assume that such reasoning, mixed with bargaining and hectoring, confession and accusation, self-pity and compulsive self-display,

²⁹ Ebd., S. 279.

provides *some part* of democratic politics.“³⁰ Für meinen Zweck ist an dieser Passage relevant, dass sich Cohen, obwohl er einräumt, dass liberal-demokratische Politik weitaus vielfältiger ist als es die Merkmalsliste des politischen Liberalismus vermuten lassen würde, in seinem Artikel ausschließlich mit dem „deliberative part“ der Politik befasst, ohne auch nur einen Moment innezuhalten und sich zu fragen, ob es nicht – wegen des angenommenen Supervenienzverhältnisses – problematisch sein könnte, von diesen anderen Aspekten abzusehen.³¹

Neben den Merkmalen, die der politische Liberalismus explizit als solche ausweist, gibt es noch eine Reihe weiterer, die implizit und ohne weitere Erläuterungen vorausgesetzt werden. Als Beispiel hierfür kann etwa die Annahme dienen, dass Politik eine von Prinzipien geleitete Aktivität ist.³² Mit dieser Annahme zu operieren ist offensichtlich bequem, wenn man politische Philosophie als Gerechtigkeitstheorie betreibt (und des Weiteren annimmt, Gerechtigkeit lasse sich in Form von Prinzipien darstellen). Aber dies befreit den politischen Liberalismus nicht von der Bürde, sich mit der Frage zu befassen, ob es sich hierbei tatsächlich um ein *generelles* Merkmal des Politischen handelt.

Zwischenfazit

Die bislang vorgetragene Kritik läuft darauf hinaus, dass die Strategie des politischen Liberalismus, normative Krisen mit Hilfe idealer Theorien auszuschließen oder einzudämmen, letztlich nicht zu überzeugen vermag. Die

³⁰ Joshua Cohen, „Truth and Public Reason“, in: *Philosophy and Public Affairs* 37/1 (2009), S. 2f. (meine Hervorhebung).

³¹ Ebd., S. 3.

³² Siehe Rawls, *Theorie*, a.a.O., §10 und hierzu kritisch: Raymond Geuss, *Politics and the Imagination*, Princeton, N.J.: Princeton UP, S. 43-60.

Methode des Überlegungsgleichgewichts ist, da sie auf Intuitionen und wohlüberlegte Urteile rekurriert, selbst von historisch bedingten normativen Krisenerfahrungen betroffen, da diese mit einem Vertrauensverlust in unsere Intuitionen und wohlüberlegten Urteile einhergehen.

Ferner bringt der politische Liberalismus keine Gründe vor, die den begründeten Verdacht entkräften, dass die Auffassung des Politischen, mit der er auf der Ebene der idealen Theorie operiert, weder eine generelle noch eine überhistorisch gültige Grundlage für die Generierung politischer Werte darstellt. Im Gegenteil, alles deutet darauf hin, dass die idealtheoretische Vorstellung des Politischen historisch kontingent, willkürlich und unvollständig ist. Da der politische Liberalismus aber einräumt, dass politische Werte von der Auffassung des Politischen konditioniert werden, können wir daraus nur den Schluss ziehen, dass es dem politischen Liberalismus nicht gelingt zu zeigen, dass den von der idealen Theorie „geklärten“ politischen Werten eine ultimative Orientierungsfunktion in der Politik zukommt. Zudem folgt aus dem Supervenienzverhältnis, das zwischen den Umständen des Politischen und den politischen Werten besteht, dass diejenigen, die es sich zum Ziel setzen, das Ideal der Gerechtigkeit zu realisieren, sich auch darauf verpflichten, politische Verhältnisse zu generieren, die denen entsprechen, die auf der Ebene der idealen Theorie von Rawls vorausgesetzt werden.

Meine Erörterung des Überlegungsgleichgewichts und der von der idealen Theorie vorausgesetzten Auffassung des Politischen verdeutlicht, dass die ideale Theorie nicht nur daran scheitert, ein Bollwerk gegen normative Krisen zu errichten, die ihren Ursprung in historischen Erfahrungen mit den bestehenden Verhältnissen oder historischen Transformationen derselben haben, der

politische Liberalismus erweist sich vielmehr selbst als krisenanfällig. Da dieser Umstand von Verfechter_innen dieses Ansatzes aber entweder nicht gesehen oder nicht offen eingeräumt wird, wird auf diese Problem auch auch nicht reflektiert.

Die erörterten Unzulänglichkeiten der idealen Theorie stellen die Unterscheidung zwischen idealer und nicht-idealer Theorie, die den politischen Liberalismus theoriearchitektonisch prägt, selbst in Frage. Denn diese Unterscheidung ist letztlich nur dann sinnvoll, wenn es der idealen Theorie auf überzeugende Weise gelingt, sich sowohl eine hinreichende Autonomie von den bestehenden historisch-politischen Umständen zu erarbeiten als auch zugleich eine Orientierungsfunktion im Hier und Jetzt zu reklamieren. Doch weder das eine noch das andere vermag die ideale Theorie zu leisten. Wenn ich daher im nächsten Teil die Schwierigkeiten diskutiere, mit denen sich die nicht-ideale Theorie im Umgang mit praktischen Krisen konfrontiert sieht, dann gestehe ich dem politischen Liberalismus bereits mehr zu als man ihm meines Erachtens zugestehen sollten: nämlich die Unterscheidung zwischen idealen und nicht-idealer Theorie selbst.

Die Krise der nicht-idealen Theorie

Auf der Ebene der nicht-idealen Theorie liegt eine Krise vor, wenn es nicht gelingt, unter Rekurs auf die von der idealen Theorie bereitgestellte Konzeption der Gerechtigkeit Normen zu generieren, die geeignet sind, das politische Handeln realer Akteur_innen unter gegebenen historisch-politischen Umständen anzuleiten. Die nicht-ideale Theorie ist folglich damit betraut, praktische Krisen zu verhindern oder auszuräumen. Es ist dieses Zusammenspiel von idealer und

nicht-idealer Theorie, das Proponent_innen des politischen Liberalismus zu der Behauptung veranlasst, die Unterscheidung zwischen idealer und nicht-idealer Theorie umfasse die Lösung des Theorie/Praxis-Problems.³³

Auf der Ebene der nicht-idealen Theorie bedarf es einer Zusammenarbeit der Philosophie mit den Sozialwissenschaften, da es für die Bestimmung der effektivsten, gangbaren Route zu einer – im Sinne der idealen Theorie – gerechten sozialen Ordnung nicht hinreicht zu klären, welche Maßnahmen als moralisch zulässig gelten können.³⁴ Mit der Bestimmung von Maßnahmen, die effektiv und politisch durchsetzbar sind, ist der Kompetenzbereich der Philosophie gemäß dem politischen Liberalismus überschritten. Im Folgenden werde ich von Fragen der moralischen Zulässigkeiten absehen und mich auf die Dimensionen der Effektivität und der politischen Durchsetzbarkeit politischer Reformen konzentrieren, die, wenn es um praktische Handlungsorientierung geht, als intern miteinander verschränkt anzusehen sind. Denn unter Rekurs auf die Art und Weise, auf die der politische Liberalismus mit Fragen der Effektivität und Durchsetzbarkeit von politischen Maßnahmen umgeht, lassen sich weitere Unzulänglichkeiten des politischen Liberalismus aufzeigen.

Da die nicht-ideale Theorie Antworten auf praktische Orientierungskrisen geben will, kann der politische Liberalismus auch auf dieser Ebene nicht (im Unterschied zur idealen Theorie) einfach davon ausgehen, dass wir es ausschließlich mit (gemäß seiner eigenen Interpretation) vernünftigen

³³ Siehe A. John Simmons, „Ideal and Nonideal Theory“, in: *Philosophy & Public Affairs* 38 (2010), S. 6.

³⁴ Ebd., S. 19. Siehe auch Adam Swift und Stuart White, „Political Theory, Social Science, and Real Politics“, in: *Political Theory: Methods and Approaches*, hrsg. v. D. Lepold und M. Stears, Oxford: Oxford UP, 2008, S. 49-69.

Bürger_innen zu tun haben, die willens sind, diejenigen Maßnahmen zu unterstützen, die uns am schnellsten zum Ziel der Gerechtigkeit führen würden. Ansonsten könnte der politische Liberalismus nicht behaupten, mit der nicht-idealen Theorie in das Feld praktischer Politik einzutreten. Schließlich zeichnet sich dieses Feld unter anderem durch eine Vielfalt von Akteur_innen aus, die eine große Menge von (zum Teil unvereinbaren) Zielen verfolgen und deren Beziehungen von Machtasymmetrien geprägt sind. Will der politische Liberalismus reale Akteur_innen anleiten und hierdurch politische Wirksamkeit entfalten, dann muss er sich auf der Ebene der nicht-idealen Theorie unter anderem mit der Frage befassen, wie Akteur_innen dazu gebracht werden können, seine Reformprojekte zu unterstützen oder zumindest nicht zu torpedieren.³⁵

Es ist bezeichnend, dass der politische Liberalismus auf der Ebene der nicht-idealen Theorie, die für sein eigenes Praktisch-Werden sorgen soll, die damit verbundenen Aufgaben – nämlich die Bestimmung effektiver Maßnahmen und das Problem ihrer politischen Durchsetzung – einfach an die Sozialwissenschaften auslagert. Für den politische Liberalismus als *philosophischer* Ansatz hat diese Strategie der Auslagerung die positive Konsequenz, dass er zum einen behaupten kann, seine Aufgabe in der Arbeitsteilung – d.h. die Klärung normativer Fragen – erfüllt zu haben, und zum anderen die Sozialwissenschaften dafür verantwortlich machen kann, dass es faktisch nicht zur Auflösung praktischer Handlungskrisen kommt. Diese Arbeitsteilung zwischen Philosophie und Sozialwissenschaften kann jedoch nicht

³⁵ Nimmt man ernst, dass Politik eine Form des Handelns bezeichnet, wird man die Umstände des Politischen aus der Perspektive politischer Akteur_innen rekonstruieren müssen, was der politische Liberalismus selbst auf der Ebene der nicht-idealen Theorie versäumt. Siehe hierzu Geuss, *Philosophy and Real Politics*, a.a.O., S. 23-36.

als fair angesehen werden, da der politische Liberalismus sich überhaupt nicht mit den Grenzen der Sozialwissenschaften befasst, die mit der Aufgabe, einen politisch möglichen und effektiven Weg zu einer gerechten sozialen Ordnung zu weisen, heillos überfordert sind. Deren beschränktes Vermögen, etwa verlässliche (insbesondere mittel- und längerfristige) Voraussagen etwa über Entwicklungen politischer Mehrheiten zu machen oder dramatische Verschiebungen und Krisen zu antizipieren, ist bekannt. Darüber hinaus zeugt die Weise, in der sich der politische Liberalismus auf die Sozialwissenschaften bezieht, von einer unkritischen Haltung, weil der politische Liberalismus deren Ergebnisse einfach nur verwenden möchte, ohne diese selbst kritisch zu hinterfragen. Da diese Ergebnisse aus Gründen, die mit den beschränkten Kapazitäten der Sozialwissenschaften zu tun haben, aber überhaupt nicht generiert werden, bleibt dem politischen Liberalismus nichts als zu warten, womit er das für Krisen charakteristische Phänomen der Zeitnot einfach ignoriert.

Zusammenfassend kann man also sagen, dass der politische Liberalismus in dem Moment, in dem er praktische Orientierungskrisen aufheben soll, auf die Grenzen der Sozialwissenschaftlichen stößt und die Verantwortung für sein Scheitern an diese auslagert. Diese Vorgehensweise verdeutlicht, dass der politische Liberalismus sich selbst – obwohl er sich als Lösung des Theorie/Praxis-Problems präsentiert – letztlich nicht als politischer Akteur versteht und sein eigenes Praktisch-Werden nicht als eine Angelegenheit ansieht, auf die er *selbst* reflektieren muss. Es ermangelt diesem Ansatz somit an einer theoretischen Auseinandersetzung damit, was es bedeutet, tatsächlich als ein politischer Akteur unter vielen (zum Teil im Sinne des politischen

Liberalismus „unvernünftigen“ Akteur_innen) zu agieren und sich dabei mit ständig wandelnden Umständen konfrontiert zu sehen.

Die Auslagerung des eigenen Praktisch-Werdens an die Sozialwissenschaften ist gleichbedeutend mit einer Auslagerung des eigenen Politisch-Werdens. Bei dieser Auslagerung handelt es sich jedoch um mehr als ein Versäumnis, da sie in einem Spannungsverhältnis zu der Vorstellung von Politik steht, die der politische Liberalismus offiziell vertritt, weil er, indem er die Sozialwissenschaften mit Fragen seiner eigenen Durchsetzung betraut, einräumt, dass die Beiträge, die er zu Deliberationsprozessen als freier und gleicher Bürger_innen aufgefasster Individuen leistet, nicht hinreichen, um politisch die Wirksamkeit zu generieren, nach der er strebt.

Der politische Liberalismus benötigt die Sozialwissenschaften also, um Aufschluss darüber zu erhalten, wie man politische Akteur_innen effektiv regiert, d.h. sie dazu bringt, sich die zum eigenen politischen Projekt gehörenden Zielvorstellungen und Maßnahmen anzueignen und diese zu unterstützen. Der politische Liberalismus kommt daher nicht umhin, sich zum Beispiel mit der Frage zu befassen, wie er sich effektiv(er) als mit ihm konkurrierende politische Akteur_innen Techniken der Subjektivierung bedienen kann. Denn die Handlungsnormen und -ziele des politischen Liberalismus erscheinen – wie Rawls sich bewusst ist – letztlich nur als handlungsmotivierende Gründe für diejenigen, die bereits über ein bestimmtes liberal-demokratisches Selbstverständnis verfügen.³⁶ Diese Hinwendung zur Politik und zu Techniken der Subjektivierung vollzieht der politische Liberalismus jedoch nicht offen,

³⁶ Siehe Rawls, *Politischer Liberalismus*, a.a.O., S. 160ff.

sondern unter dem Deckmantel einer unschuldig erscheinenden Auslagerung seines eigenen Praktisch-Werdens an die Sozialwissenschaften.

Dies ermöglicht es dem politischen Liberalismus, an seiner autistischen Gewohnheit festzuhalten, letztlich nur zu Individuen zu sprechen, die sich bereits als in seinem Sinne freie und gleiche sowie rationale und vernünftige Bürger_innen verstehen. Diese Annahme ist aber bereits innerhalb etablierter liberaler Demokratien hochproblematisch. So zeigen etwa die Interviews, die mit Individuen geführt worden sind, die sich an den Aufständen in England im Sommer 2012 beteiligt haben, dass diese sich nicht nur nicht als Bürger_innen im Sinne des politischen Liberalismus verstehen, sondern Politik als Mittel, durch das wir unsere soziale Welt gemeinsam gestalten, überhaupt ablehnen. Auf die Frage, welche Veränderungen die Politik seiner Meinung zufolge anstoßen sollte, sagte ein 19 Jahre alter Rioter aus Birmingham: "Fuck knows, dunno, don't really care about that no more. I've gone past caring. Just think there's no point in me wishing, wanting things to happen."³⁷

Da der politische Liberalismus Fragen, die sich – wie Techniken der Subjektivierung – auf politische Wirksam- und Durchsetzbarkeit beziehen, an die Sozialwissenschaften auslagert (und damit diese in unreflektierter Weise politisiert), zeigt er erneut wenig Interesse, sich mit bestimmten Dimensionen der Politik zu befassen. Insbesondere reflektiert der politische Liberalismus nicht darauf, dass sich das liberal-demokratische Selbstverständnis – mit dem zu diesem gehörenden Intuitionen und Urteilen – selbst erst durch

³⁷ Paul Lewis et. al., *Reading the Riots: Investigating England's Summer of Disorder* (2011), *The London School of Economics and Political Science* and *The Guardian*, S. 26 (abgerufen am 20. Dezember 2015).
<http://eprints.lse.ac.uk/46297/1/Reading%20the%20riots%28published%29.pdf>

Subjektivierungstechniken bildet bzw. gebildet hat. Der politische Liberalismus denkt also zu wenig – geschweige denn kritisch – über die historisch-sozialen Bedingungen seiner eigenen Plausibilität nach.³⁸ Folglich kann er weder Rechenschaft abgeben über die Bedingungen seiner eigenen politischen Wirksamkeit noch zum Verständnis von Krise der liberalen-Demokratie (für die etwa die Ausschreitungen in England 2012 als Symptom gelten können) beitragen.

Schluss

Der politische Liberalismus reklamiert aufgrund seiner normativen Ausrichtung und seiner zweiteiligen Architektur für sich, eine effektive Antwort auf normative und praktische politischen Krisen zu geben. Jedoch entsteht dieser Eindruck, wie ich gezeigt habe, nur aufgrund der Trivialisierung politischer Krisen durch den politischen Liberalismus. Diese Krisen werden einerseits als historische Phänomene betrachtet, die auf die ideale Theorie keinen Einfluss haben, andererseits wird die nicht-ideale Theorie als ein Instrument vorgestellt, das mit praktischen Orientierungskrisen unter allen historischen Umständen umzugehen weiß. Vor dem Hintergrund dieser positiven Sicht seiner eigenen Krisenbewältigungskapazitäten kann der politische Liberalismus sich als ein theoretisches Projekt präsentieren, das von den vielfältigen politischen Krisen, mit denen wir uns konfrontiert sehen, letztlich nichts lernen kann und muss. Mein Ziel war es, zu verdeutlichen, dass diese positive Sichtweise der Effekt einer Verdrängung der Krisenanfälligkeit des politischen Liberalismus selbst ist, die ähnliche Quellen hat wie die Krisenanfälligkeit in der Politik.

³⁸ Siehe Williams, *In the Beginning Was the Deed*, a.a.O., S. 9.

Ferner habe ich argumentiert, dass der politische Liberalismus die ihm Struktur gebende Unterscheidung zwischen idealer und nicht-idealer Theorie nicht zu stabilisieren vermag. Hierfür ist zum einen die Abhängigkeit seiner Rechtfertigungsmethode von „unseren“ Intuitionen und wohlüberlegten Urteilen verantwortlich. Zum anderen habe ich herausgearbeitet, dass der politische Liberalismus die Beziehung zwischen den Umständen des Politischen und politischen Werten als Supervenienzverhältnis denkt. Die von ihm in Anschlag gebrachte Auffassung des politischen Verhältnisses hat sich aber als (notwendigerweise) historisch kontingent, willkürlich und unvollständig erwiesen. Zuletzt habe ich erläutert, warum die auf der Ebene der nicht-idealen Theorie erfolgte Auslagerung des eigenen Praktisch-Werdens des politischen Liberalismus an die Sozialwissenschaften als problematisch anzusehen ist und zu internen Spannungen führt.³⁹

³⁹ Für aufschlussreiche Gespräche und Kommentare möchte ich mich bei Fabian Freyenhagen, Martin Nonhoff und Frieder Vogelmann bedanken.